

Schuldenfrei in den neuen Finanzausgleich

Im **Budget 2016** wird erstmals die Reform des innerkantonalen Finanzausgleichs sichtbar.
Mit einem **Pro-Kopf-Vermögen von über 8768 Franken** ist der Kanton für härtere Zeiten gut gerüstet.

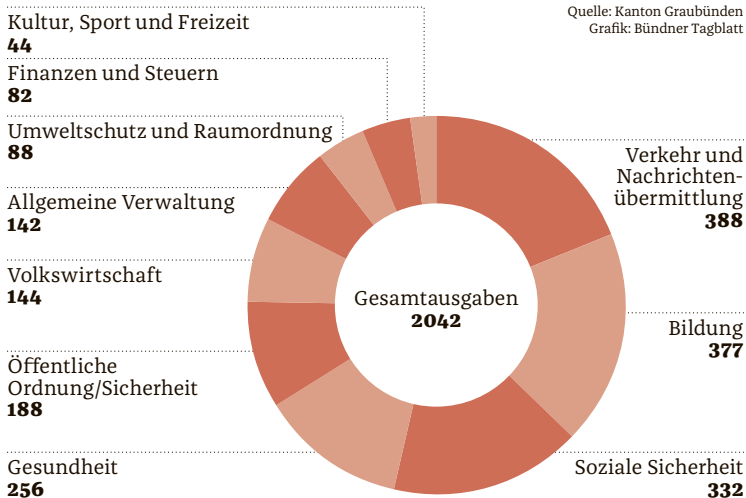
► NORBERT WASER

M

Mit einem nach neuem Rechnungsmodell (HRM2) ausgewiesenen Eigenkapital von 2,7 Milliarden im Kassenschrank und einer voraussichtlich erneut ausgeglichenen Jahresrechnung 2015 fiel es gestern Finanzdirektorin Barbara Janom Steiner nicht so leicht, an der Medienkonferenz den Warnfinger zu heben. Mit einem budgetierten Defizit von knapp 51 Millionen (Vorjahr 55 Mio.) werden die finanzpolitischen Richtwerte des Grossen Rates eingehalten. Die Warnung blieb aber auch diesmal nicht aus. Der Finanzplan 2017–2019 rechnet mit jährlichen Defiziten bis 90 Millionen Franken.

Einer der Unsicherheitsfaktoren jedes Budgets sind die Steuereinnahmen. Andreas Seifert, Amtsleiter der Finanzverwaltung, erklärte die 2016 um 48 Millionen Franken höher budgetierten Einnahmen (541 Mio.) bei den Einkommens- und Vermögenssteuern mit den 2015 zu tief angesetzten Erwartungen. Zweckpessimismus der Finanzministerin stecke da aber nicht dahinter. «Die Steuerverwaltung

Gesamtausgaben nach Politikbereichen



macht laufend Hochrechnungen, aber diese sind immer mit Unsicherheiten verbunden», erklärte Seifert. Das Fazit der Regierungsrätin zu den höheren Steuereinnahmen: «Es geht den Bündnerinnen und Bündnern gut».

Finanzausgleich erstmals dotiert

Bei der Erarbeitung des neuen Finanzausgleichs und im Abstimmungskampf über die FA-Reform war das (relativ alte) Zahlenmaterial immer ein Diskussionspunkt. Nun liegen erstmals die Stellgrös-

sen vor. Weil der Grosse Rat diese aber erst noch im Rahmen der Budgetdebatte definitiv festlegen wird, sind diese noch provisorisch. Der Grundbeitrag der ressourcenstarken Gemeinden wurde bei 17,5 Prozent festgelegt. Das heisst, dass finanzstarke Gemeinden ab einer gewissen Höhe diese Prozente in den Ausgleichstopf abliefern müssen. Die Mindestausstattung ressourcenschwacher Gemeinden wurde bei 70 Prozent festgelegt. Das Gesamtvolumen des Gebirgslastenausgleichs beträgt 19 Millionen., der

Schullastenausgleich 5 Millionen und der individuelle Härteausgleich 1,5 Millionen. Der Kanton steuert an die Spezialfinanzierung 30 Millionen an allgemeinen Staatsmitteln bei. Der Topf der Spezialfinanzierung Finanzausgleich, aus dem auch die Beiträge an Gemeindefusionen bezahlt werden, war Ende 2014 noch mit 187 Millionen gefüllt. Die Finanzdirektorin rechnet damit, dass dieser Ende 2016 noch mit 135 Millionen gefüllt sein wird.

Die wichtigsten Investitionen

Der Kanton ist auch im nächsten Jahr ein wichtiger Motor für die Bündner Wirtschaft und versorgt diese mit reichlich Treibstoff. Die **Investitionsrechnung** sieht Ausgaben von **400 Mio.** Franken vor, wovon der Kanton 247 Mio. selbst finanzieren muss. Die **Strassenrechnung** sieht Gesamtausgaben von **342 Mio.** vor. Die grössten Bauprojekte:

- Umfahrung Küblis 14
- Ausbau Hauptstrassen 71
- Verbindungsstrassen 35
- Mediothek Kantonsschule 27/13,2
- Gefängnis Realta (netto) 86/8,9
- Sinergia Chur 69/6
- Asylzentrum Meiersboden 7,7/5,7
- Kunstmuseum (netto) 8,5/2,4
- Informatik/Steuerverw. 11,5/1,1

jeweils Gesamtkredit/Anteil 2016

NACHGEFRAGT

«Es braucht einen sehr weiten Blick»

Finanzdirektorin **Barbara Janom Steiner** äussert sich auch zum Engagement des Kantons auf dem **Emser Sägewerkareal**.

«**BÜNDNER TAGBLATT**»: Der Kanton ist schuldenfrei, die Ressourcenstärke hat zugenommen und auch 2015 wird es – entgegen dem Budget – erneut eine schwarze Null geben.

Hat der Föhn die von Ihnen seit Jahren angekündigte Bise verblasen?
BARBARA JANOM STEINER: Man könnte es fast meinen. Es gibt aber auch 2015 ein paar spezielle Effekte, die die Rechnung gegenüber dem Budget besser aussehen lassen. Die doppelte Gewinnausschüttung der Nationalbank macht mit 32 Millionen bereits einen Grossteil dieser Abweichung aus. Es zeigt sich aber auch, dass wir bei den Steuereinnahmen der natürlichen Personen etwas zu vorsichtig budgetiert haben. So rechneten wir auch mit bereits stärkeren Auswirkungen der Zweitwohnungsinitiative und die Initiativen zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung oder die Erbschaftsinitiative wurden abgelehnt.

Eine Zahl im defizitären Budget 2016 lässt aufhorchen. Sie gehen für Graubünden von einem Nullwachstum aus. Müssen wir, angesichts des Krebsgangs der Leitbranche Tourismus, in der Wasserkraft und dem Strukturwandel in der Landwirtschaft schon bald mit einer Rezession rechnen?

Wir gehen noch nicht von einer Rezession aus, aber wir haben für 2016 zurückhaltender budgetiert als die nationalen Prognosen, die von einem leichten Wachstum ausgehen. Neben den zu erwartenden Auswirkungen der Zweitwohnungsinitiative werden 2016 nun auch noch die Auswirkungen des Euro/Franken-Kurses im Tourismus und in der Exportwirtschaft spürbar werden. Dass wir schwierigeren Zeiten entgegengehen, ist klar. Auch der Energiesektor mit dem



Sieht **weder schwarz noch rot**: Finanzdirektorin **Barbara Janom Steiner** im farblich abgestimmten Outfit an der Medienkonferenz. (FOTO YANIK BÜRKL)

Einbruch der Strompreise sowie die Diskussionen auf nationaler Ebene über die Wasserzinsen bereiten uns grosse Sorgen. Wenn diese Einnahmen wegfallen würden, sähe die Situation nochmals anders aus.

Weiterhin dynamisches Wachstum gibt es im Bereich Gesundheit und Soziales. Die Beiträge an die individuelle Prämienverbilligung tragen nächstes Jahr nahezu 100 Millionen. Ist da nicht das System selbst krank?

Darüber streiten sich die Ökonomen. Es gibt solche, die den Gesundheitsmarkt als einen der noch funktionierenden Wachstumsmärkte betrachten. Wir stellen das auch fest, wenn auch wenig erfreut, denn die Kostendynamik ist ungebremst. Für den Kanton gibt es wenig Korrekturmöglichkeiten. Andererseits bietet dieser Bereich auch viele Arbeitsplätze. Wenn aber die Wirtschaft nicht im gleichen Verhältnis wächst, wird irgendwann die Finanzierung schwierig.

Soeben hat der Kanton bekannt gegeben, dass er auf der Basis des neuen Wirtschaftsentwicklungsgesetzes in die Umnutzung des Sägewerkareals in Domat/Ems einen zweistelligen Millionenbetrag investiert. Im Budget sind diese Beträge nicht zu finden. Sind diese Investitionen der parlamentarischen Einflussnahme entzogen?

Basis für diese Investitionen bildet dieses Gesetz, und auf dieser Grundlage kann der Kanton Land erwerben. Das ist finanz- und kreditrechtlich abgesichert und die Regierung kann darüber entscheiden.

Brauchte es da von Ihren Kollegen Parolini und Cavigelli viel Überzeugungskraft, um die Finanzdirektorin ins Boot zu holen? Wenn man mich überzeugen will, braucht das gute Argumente. Als Finanzministerin versuche ich natürlich immer zurückhaltend zu sein, wenn es um neue Ausgaben geht. Es ist in der Tat eine grosse Investition, die hier getätigt wird, und es braucht schon einen sehr weiten Blick in die Zukunft, bis ein Return dieser Investition sichtbar wird. Es versteht sich von selbst, dass solche Geschäfte eine Finanzdirektorin nicht nur begeistern. NORBERT WASER